

Schutz Kritischer Infrastrukturen

durch angemessene Transparenzregeln

Der linksextremistische Anschlag auf die Berliner Stromversorgung im Januar 2026 mit seinen gravierenden Folgen für die Bevölkerung hat in aller Deutlichkeit gezeigt, dass ein umfassender und gezielter Schutz unserer kritischen Infrastrukturen unabdingbar ist. Teil eines umfassenden Schutzkonzeptes muss auch ein zeitgemäßer Umgang mit Transparenz- und Informationspflichten für die Betreiber ausgewählter kritischer Infrastrukturen sein.

Öffentlich zugängliche Infrastrukturinformationen können ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Die öffentliche Verfügbarkeit dieser Informationen erleichtert Anschläge, Ausspähungsversuche und Sabotageakte sowohl von inländischen extremistischen bzw. terroristischen Akteuren als auch von ausländischen Mächten. Die Zeitenwende erfordert insoweit wirksame Maßnahmen zur Stärkung sowohl der äußeren Sicherheit als auch der inneren Sicherheit.

Zwar verfolgen Transparenz- und Informationspflichten grundsätzlich nachvollziehbare und berechnete Interessen. Jedoch muss angesichts der ernststen Bedrohungslage der potenzielle Missbrauch transparenter Informationen zur Vorbereitung von Angriffen auf unsere kritischen Infrastrukturen mitgedacht werden. Der Sicherheit der kritischen Infrastrukturen ist zum Schutz der Bevölkerung gegenüber anderen Informationsinteressen der Vorrang einzuräumen. Wir benötigen einen Paradigmenwechsel: Weg von einer weitgehenden Transparenz in ausgewählten Bereichen der kritischen Infrastruktur hin zu einem Vorrang der Resilienz.

Folgende Maßnahmen ergreifen wir:

Öffentliche Informationsangebote auf Erforderlichkeit und Angemessenheit prüfen

Bund und Länder sollten in ihren Zuständigkeiten das öffentlich zugängliche Angebot von Geodaten zu kritischen Infrastrukturen und sonstige sicherheitsrelevante Informationen überprüfen und im Rahmen einer Interessenabwägung unter einer sicherheitspolitischen Betrachtung nach Möglichkeit einschränken, soweit dies für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sinnvoll und erforderlich ist.

Rechtslage anpassen

Dem Schutz kritischer Infrastruktur ist gegenüber der pauschalen Transparenz von sensiblen Infrastrukturinformationen stets Vorrang einzuräumen. Sensible Daten zu kritischen Infrastrukturen müssen auch sensibel behandelt, gesichert und geschützt werden. Bei

bestehenden Veröffentlichungspflichten, die dem Schutz von kritischer Infrastruktur entgegenstehen, werden wir die bestehenden Regelungen überprüfen und ggf. anpassen.

Die Koalition ist sich einig, dass dabei bestehende Regel-Ausnahme-Verhältnisse in den Transparenzvorschriften dort umgekehrt werden, wo dies für den Schutz von ausgewählter kritischer Infrastruktur erforderlich ist. Eine entsprechende Gesetzinitiative soll umgehend auf den Weg gebracht werden.

Auf europäischer Ebene wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, die durch europäische Regelungen vorgegebenen Veröffentlichungspflichten entsprechend abzuändern und den neuen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung zu tragen. Wo europarechtliche Regelungen Ausnahmen zulassen, etwa aus Gründen nationaler Sicherheit, wollen wir diese nutzen.

Anpassung an Bedrohungslage und Verbesserung der Resilienz in der Wirtschaft

Um ausgewählte kritische Infrastruktur gegen Sabotage, hybride Bedrohungen und Cyberangriffe besser zu schützen, ergreifen wir neben gesetzlichen Anpassungen auch konkrete Maßnahmen für ein höheres Schutzniveau, schnellere Reparaturen und eine Notversorgung. Zugleich muss die Wirtschaft insbesondere mit Blick auf unser Stromsystem resilienter werden. Neben einem besseren Verständnis von Engpässen und Abhängigkeiten innerhalb der Lieferketten von kritischen Komponenten soll die Widerstandsfähigkeit mit Blick auf kriegsbedingte oder terroristische Einwirkungen verbessert werden.

Vor dem Hintergrund, dass derzeit Finanzierungsinstrumente zur Abwehr kriegsbedingter oder hybrider Bedrohungen in diesen Bereichen fehlen, wollen wir Maßnahmen ergreifen, die die Wirtschaft beim Schutz kritischer Infrastrukturen unterstützen.

Verbesserung der Eigentümertransparenz aus Sicherheitsgründen

Zum Schutz ausgewählter kritischer Infrastruktur wird die Bundesregierung Maßnahmen prüfen, wie die Transparenz und Erfassung über den Erwerb von Grund und Boden für die Sicherheitsbehörden erhöht werden kann.

Agenda für Resilienz und mehr Souveränität

Die Welt befindet sich inmitten eines Epochenbruchs. Anstelle des regelbasierten Multilateralismus spielen wenige Großmächte zunehmend ihre wirtschaftliche und militärische Dominanz für ihre geostrategischen Ziele aus. Sie konkurrieren um Einfluss, Ressourcen und technologische Führerschaft. Um in dieser neuen Weltordnung zu bestehen, Frieden, Freiheit und Wohlstand zu bewahren und seine Souveränität zu behaupten, muss Deutschland – muss Europa insgesamt – stärker werden. Somit sind wirtschaftliche, soziale und militärische Stärke, der Zugang zu Rohstoffen und globaler Einfluss zwei Seiten derselben Medaille.

Doch jede Art von Stärke, sei sie militärischer oder technologischer Art, beruht am Ende auf wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, der Leistungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Hierzu muss Deutschland innovativer und produktiver, wettbewerbsfähiger und flexibler werden. In einer Welt, in der Großmächte ohne Rücksicht auf Andere handeln, werden wirtschaftliche Schocks wahrscheinlicher. Hybride Bedrohungen sind an der Tagesordnung. Ob dabei der Energiebereich, die Infrastruktur, Software, die Gesundheitsversorgung oder andere Bereiche getroffen werden, ist vorher nicht klar. Auch um gegen solche Angriffe gewappnet zu sein, müssen Wirtschaft und Gesellschaft resilienter werden.

Zweitens erwächst Souveränität daraus, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Deutschland ist heute bei manchen Ressourcen, kritischen Komponenten oder Technologien zu stark auf Zulieferungen einzelner Länder angewiesen. Um diese Abhängigkeiten zu reduzieren, braucht es eine deutliche Diversifizierung der Lieferbeziehungen und höheres internationales Engagement – ebenso wie den Aufbau skalierbarer heimischer Produktion relevanter Rohstoffe und Technologie.

Die Bundesregierung hat bereits wichtige Reformen umgesetzt. Sie leistet mit zusätzlichen Milliardeninvestitionen in Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit, der Entlastung der Wirtschaft bei Steuern und Energiekosten, dem größten Bürokratieabbau seit Jahrzehnten sowie umfassender Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung bereits aktuell einen erheblichen Beitrag zur Anpassungsfähigkeit und Stärkung von Wirtschaft und Gesellschaft. Doch angesichts internationaler Bedrohungen müssen wir weiter Geschwindigkeit aufnehmen, um Resilienz und Souveränität zu steigern:

- Die Bundesregierung wird strukturelle Reformen auf den Weg bringen, um die Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Produktivität Deutschlands zu verbessern. Hierzu gehören höhere Investitionen, Fachkräfteeinwanderung zum Ausbau des Potenzialwachstums, eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes, eine höhere Beschäftigung, eine belastbare, moderne und sichere Infrastruktur, bessere Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen,

investitionsfreudiges Unternehmertum, eine bezahlbare und sichere Energieversorgung sowie ein konsequenter Rückbau belastender Bürokratie.

- Der digitale Euro ist ein strategisches Projekt zur Stärkung der europäischen Souveränität und Resilienz im Zahlungsverkehr. Wir treiben seine Einführung mit hoher Priorität voran. Am Bargeld halten wir fest.
- In Zeiten hybrider Angriffe von innen wie außen bilden eine stabile Demokratie, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sowie eine vielfältige Medienlandschaft für einen demokratische Diskurs die Grundlage für die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie zu stärken und zu unterstützen ist vorderste Aufgabe der Bundesregierung. Daher werden wir mit konkreten Projekten die Demokratiestärkung unterstützen. Die Bundesregierung wird den Rechtsstaat stärken und gegen Deep Fakes gezielter vorgehen.
- Die Bundesregierung wird die Verantwortung Deutschlands als größtem Mitgliedsstaat der EU wahrnehmen, den inneren Zusammenhalt stärken und neue Allianzen auch über den EU-Rahmen hinaus schaffen sowie die europäische Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationsfähigkeit verbessern. Bürokratierückbau, Vertiefung des Binnenmarkts, neue Handelsabkommen und eine Modernisierung des Mehrjährigen Finanzrahmens gemeinsam mit den Ländern sind unsere Prioritäten. Das EU-Mercosur-Abkommen muss trotz der Verzögerungstaktik des EP vorläufig in Kraft treten, auch als Zeichen unserer Handlungsfähigkeit. Die Abkommen mit Mexiko, Indonesien, Indien und weiteren Staaten müssen schnell finalisiert werden.
- Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit brauchen stabile, resiliente, verantwortungsvolle Lieferketten für die Wertschöpfung. Die Bundesregierung wird dafür insbesondere im Kontext der Rohstoffbeschaffung für eine bessere Versorgung und somit mehr Stabilität sorgen – dafür wird der Rohstofffonds genutzt und der Aktionsplan für den Rohstoffsektor konsequent umgesetzt (u.a. Weiterentwicklung Rohstoffaußenpolitik, Bevorratung kritischer Rohstoffe, Förderung der Kreislaufwirtschaft und des heimischen Bergbaus, Förderung von Projekten der Rohstoffgewinnung, -verarbeitung und -wiederverwendung). Einseitige Abhängigkeiten in der Energieversorgung wird die Bundesregierung reduzieren und die Lieferketten bei zentralen Energieträgern weiter diversifizieren.
- Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der Rechtsrahmen für digitale Dienstleistungen in der EU durchgesetzt und die vorhandenen Instrumente konsequent genutzt werden. Es besteht ein dringender Bedarf, dass die EU eine einheitliche, resiliente Daten-Governance schafft, die ihre sensibelsten Daten schützt und sichert.
- Die Resilienz Deutschlands und Europas gegenüber digitalen Monopolen muss ausgebaut werden - durch den Aufbau deutscher europäischer Technologieführerschaft, europäischer Plattformen und Clouds.

- 73 • Deutschland ist seit Jahrzehnten Profiteur offener Weltmärkte. Deutschland und Europa
74 stehen auch weiterhin für einen regelbasierten Handel. Doch wenn andere nicht mehr
75 nach diesen Regeln spielen, muss Europa in der Lage sein, robust zu antworten. Dazu
76 setzt sich die Bundesregierung für Local-Content-Kriterien in strategischen wichtigen
77 Bereichen ein.
- 78 • In sensiblen Bereichen der kritischen Infrastruktur dürfen ausschließlich
79 vertrauenswürdige Komponenten verbaut werden, nicht vertrauenswürdige Komponenten
80 schaffen wir ab.
- 81 • Die Bundesregierung priorisiert eine starke, leistungsfähige Sicherheits- und
82 Verteidigungsindustrie. Für den Hochlauf der Produktion und modernster Technologien
83 gilt es, bewährte Automatisierungs- und Skalierungsprinzipien aus der Industrie zum
84 Einsatz zu bringen. Die hohen Investitionsausgaben im Verteidigungsbereich werden wir
85 wachstumsmaximierend und budgetschonend nutzen, um neben bewährten Systemen
86 neue Technologien auch zur Schließung von Fähigkeitslücken voran zu bringen. Dafür
87 arbeiten wir an neuen Instrumenten zur Beschaffung, wie wettbewerblichen und
88 meilensteinbasierten Verfahren, fördern Innovationen und Skalierbarkeit deutscher und
89 europäischer Wehrtechnik.
- 90 • Die Bundesregierung wird Innovationen als Treiber von Wachstum und Kern nationaler
91 Sicherheit, technologischer Souveränität sowie wirtschaftlicher Resilienz fördern und
92 gezielt Fähigkeiten in Schlüsseltechnologien ausbauen, auch zur dual-use-Anwendung.
93 Dafür wollen wir einerseits die Voraussetzungen in Deutschland schaffen – etwa durch
94 modernste Chip-Produktion (leading edge nodes), ausreichend und moderne, souveräne
95 Rechen- und Cloudkapazitäten sowie einen besseren Transfer wissenschaftlicher
96 Forschung in den Markt. Andererseits wollen wir die Grundlagen für disruptive
97 Innovationen verbessern. Zudem fördern wir Startups und Scaleups als Treiber für
98 Innovation, indem ein Schwerpunkt auf die Bereitstellung von Venture Capital, insb. im
99 Wachstumsbereich gelegt wird und Exit-Optionen in der EU gestärkt werden, um Start-
100 ups in Deutschland und Europa zu halten. Dabei werden wir privates und öffentliches
101 Kapital, u.a. mit den Mitteln des Deutschlandfonds, besser hebeln.
- 102 • Die Bundesregierung wird weitergehende Befugnisse für die Sicherheitsbehörden
103 schaffen, etwa bei der Speicherung von Daten und der Abwehr von Cyberangriffen. Sie
104 stärkt die operativen Fähigkeiten der Nachrichtendienste.
- 105 • Die Bundesregierung stärkt die Fähigkeiten bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen.
106 Dazu ist der Zusammenhalt zu stärken und der Spaltung der Gesellschaft
107 entgegenzuwirken.
- 108 • Die Bundesregierung wird die zivile Verteidigung stärken, dazu gehört auch die
109 Aufrechterhaltung von Staats- und Regierungsfunktionen.

110 Die geopolitische und wirtschaftliche Zeitenwende erhöht den Druck auf Politik und
111 Gesellschaft. Als stärkste Volkswirtschaft Europas hat Deutschland eine besondere
112 Verantwortung, für Stabilität zu sorgen und die Herausforderungen dieses Umbruchs
113 anzugehen. Die Koalition nimmt diese Herausforderung an. Alles Handeln wird darauf
114 konzentriert, die Resilienz und Souveränität Deutschlands in einem starken Europa
115 voranzutreiben. Daher wird die Koalition umfangreiche weitere Maßnahmen ergreifen, die auf
116 die wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und militärische Stärke unseres Landes
117 einzahlen.

118